



ALEMANN'S ANALYSE Eine hohe Bündnisfähigkeit im Fünf-Parteiensystem ist gut für die Demokratie

Politische Manipulation des Wahlrechts verbietet sich

Von Ulrich von Alemann
politik@wz-plus.de

Bei der Hamburger Landtagswahl haben wieder einmal alle Parteien – verloren. Ja, Sie lesen richtig. Die CDU hat ihre absolute Mehrheit und immerhin fast fünf Prozent verloren. Die SPD hat zwar knapp vier Prozent gewonnen, aber für Hamburg und die letzten Umfragen ein schwaches Resultat erzielt. Die Grünen mussten in einer ihrer Hochburgen fast drei Prozent abgeben. Die FDP scheiterte wieder an der Sperrklausel. Die Linke ist in der Bürgerschaft, hatte aber mehr erhofft – etwa soviel wie in der anderen Hansestadt Bremen mit fast neun Prozent. Erfreulich bleibt, dass die „Sonstigen“ auf zwei Prozent reduziert wurden.

Natürlich haben trotzdem alle gesiegt, das kennen wir ja nach Wahlen. Aber jetzt ist die Aufregung des Wahlkampfes und des

Wahlabends vorbei und Zeit für eine Analyse mit kühlem Kopf. Was charakterisiert diese Wahl? Handelt es sich nicht nur um eine größere Kommunalwahl, wenn auch der zweitgrößten Stadt in Deutschland? Hamburg ist mehr, auch als Bremen. Denn die Stadt boomt. Sie ist ein Nettozahler im Länderfinanzausgleich, Bremen ein Schlusslicht. Hamburg wendet sich der Zukunft zu, trotz aller sozialen Probleme, wie sie jede Großstadt hat. Deshalb kann man hier eher wie auf einem Seismographen der Zukunft ablesen, wo Bewegung ist.

Diese Wahl war anders als in Niedersachsen und Hessen. Dort waren die Spitzenkandidaten polarisiert, hier führte zwar der populäre Ole von Beust, aber der honorige Gegenkandidat der SPD, Michael Naumann, konnte ihm auf Augenhöhe begegnen. Den Abstand zwischen beiden

Volksparteien von über 17 Prozent konnte der SPD-Kandidat auf über die Hälfte reduzieren. Er beträgt jetzt nur noch 8,5 Prozent und normalisiert sich damit. Es war außerdem die vierte westdeutsche Landtagswahl in Folge, die die Linken ins Parlament brachte. Vorläufig ist das Fünf-Parteienparlament Normalität.

Der Wahlkampf wurde fairer geführt als in den beiden Flächenländern – vielleicht, weil man sich in der Stadt so nah ist. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse hielten sich in Grenzen, die insbesondere Hessen prägten und prägen. Das führt vorläufig in die politische Sackgasse. In Hamburg sind nur zwei Koalitionen realistisch: Schwarz-Grün oder eine Große Koalition. Weil letztere für politische Ausnahmefälle reserviert bleiben sollte, kann es zur ersten Landeskoalition von CDU und Grünen kommen. Es wäre gut für

die deutsche Demokratie, wenn bei mehr Parteien in den Parlamenten die Bündnisfähigkeit steigt, nicht sinkt.

Manche fragen angesichts der Koalitionsprobleme in Land und Bund, ob man sich dessen nicht einfach durch die relative Mehrheitswahl, wie in Großbritannien oder den USA, entledigen könne. Dann entstehen meist zwei große Parteien, die sich in Regierung und Opposition abwechseln, weil kleine Parteien in der Regel keine Chance haben, nennenswerte Wahlkreise zu erobern. Der Wähler weiß, was er wählt, statt vorher unbekannter Koalitionen.

Klingt gut, verursacht aber beträchtliche Kollateralschäden. Akzeptiert es die deutsche Öffentlichkeit, wenn eine liberale Partei, wie in England, bis 20 Prozent der Stimmen, aber höchstens fünf Prozent der Sitze im Parlament erhält? Wenn eine regional kon-

zentrierte Partei wie die CSU um die 90 Prozent des Landtags besetzen würde? Im Übrigen mutieren die großen Parteien dann zu Koalitionen in sich, die der Wähler ebenso wenig kontrollieren kann.

Unser personalisiertes Verhältniswahlrecht kann man im Detail verbessern, aber eine akzeptable Alternative ist nicht in Sicht. Aus politischen Motiven am Wahlsystem herumzuschrauben, wie manche Nachbarländer dies praktizieren, sollte sich von selbst verbieten. Fünf Parteien mögen unbequemer sein als drei. Aber wenn der Wähler es so will, müssen die Parteien konstruktiv damit umgehen, statt sich stur Bündnissen zu verweigern.

Ulrich von Alemann lehrt Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf.